

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erst erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet wöchentlich 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzig älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise: Die 8-gelapptene mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 8-gelapptene mm-Zl. im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 80 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Verurteilung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Slaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 168

Sonntag, den 30. Oktober 1932

50. Jahrgang

Was die Woche brachte

Das sogenannte großpolnische Lager macht der Regierung viel zu schaffen. In seinen Reihen steht ein großer Teil der polnischen Jugend was in Warschau nicht gern gesehen wird. Die Leute des Lagers halten sich für sehr national und haben auf ihre Fahnen nicht nur den Kampf gegen Deutsche und Juden geschrieben, sondern auch gegen die herrschende Partei des Landes. Dem Vordringen der durch das Lager vertretenen Ideen soll nun Einhalt geboten werden. Daraus erklären sich die Verbote des Lagers in Lublin und Pommern, die schon vor einiger Zeit erfolgt ist, und neuerdings das Verbot in Polen.

In diese Linie gehört auch die Einschränkung der Autonomie der Hochschulen, die nun spruchreif geworden ist. Nach der Meinung des Unterrichtsministers genügt der Lehrkörper nicht, um die Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten. Er will deshalb von Seiten der Regierung helfend eingreifen, was in der Weise zu geschehen hat, daß der Rektor nur in Einvernehmen mit dem Unterrichtsminister gewählt werden kann. Sein Wirkungsbereich wird vergrößert und seine Amtszeit verlängert. Um seinen Einfluß zu stärken, wird ihm ein Teil der Funktionen des Senats übertragen. Durch diese Maßnahmen soll der „Verwildern“ an den Hochschulen entgegengewirkt werden. Auf alle Fälle aber wird der Einfluß der Regierung erhöht.

Dieser Aktivität entspricht außenpolitisch das Vorgehen gegen Danzig, das wieder eine Verickärung erfahren hat. Nach einem vor kurzem gefassten Beschluß des Ministerrats soll von den polnischen Staatsbahnen auf dem Gebiet der Freien Stadt nur mehr polnisches Geld angenommen werden. Bisher konnte man auch mit Danziger Geld bezahlen.

Im Deutschen Reich ist nun endlich der Richterspruch in dem schwerwiegenden Konflikt zwischen Preußen und dem Reich gefallen. Die Meinungen darüber sind geteilt. Während auf der einen Seite das Urteil voll anerkannt wird, erhebt sich auf der anderen Seite Widerspruch dagegen. Nicht ohne Grund wird der Vorwurf gemacht, daß das Urteil ein Kompromiß zwischen rechtlichen und politischen Anschauungen ist. Es gibt einerseits der Reichsregierung Recht und stellt andererseits fest, daß die Regierung Preußens trotz allem bestehen bleibt. Es hat also die alte Preußenregierung nach wie vor ihre Rechte, doch darf sie sie nicht praktisch ausüben. Trotz dieser schwachen Seiten hat das Urteil eine große Bedeutung, da es die Stellung des Reiches den Ländern gegenüber festigt hat.

Ob der Spruch jedoch den Konflikt in Preußen beilegen wird, bleibt abzuwarten. Die Lage ist immer noch recht kompliziert. Es steht wohl fest, daß der Reichskommissar auch weiterhin von der ihm zustehenden ausführenden Gewalt Gebrauch machen wird. Ungeklärt aber ist die Frage, ob von ihm ernannten Bevollmächtigten in den Staatsrat. Auch eine Reihe anderer Fragen bedarf der Klärung.

Sehr vielsagend sind die Gerüchte, nach denen Reichspräsident von Hindenburg unzufrieden mit dem Kanzler sein soll, weil dieser ihm das Dekret über die Ernennung des Reichskommissars zur Unterschrift vorgelegt habe. Wohl werden diese Nachrichten amtlich dementiert, es wird aber trotzdem Gebrauch davon gemacht. Sowohl die Sozialdemokraten als auch das Zentrum bedienen sich dieser Nachricht bei der Wahlpropaganda. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß der bairische Ministerpräsident, Held, boshafte Bemerkungen machte, die man nur auf den Kanzler beziehen kann. Der scheint die Angelegenheit mehr auf die leichte Schulter zu nehmen, jedenfalls hat er auch den Urteilspruch bis jetzt nicht reagiert.

Indessen gehen die Verhandlungen über die deutsche Gleichberechtigung weiter. Amerika und England scheinen in ihren Anschauungen über die Abrüstung sich einander genähert zu haben, so daß man von einer gemeinsamen Erklärung beider Regierungen spricht. Weniger Erfolg hat bisher die Idee einer Konferenz der Mächte. Bisher konnte wenigstens über den Ort der Konferenz keine Einigkeit erzielt werden. Es wurde allerdings im englischen Unterhaus von Staatssekretär Simon betont, daß die englische Regierung nicht die Absicht habe, den Gedanken an die Konferenz fallen zu lassen. Eine Rolle spielen sicher auch die deutschen Reichstagswahlen, die über das Geschick der deutschen Regierung entscheiden werden.

Einen günstigen Eindruck hat in London die Rede Mussolinis hinterlassen, der sich für die deutsche Gleichberechtigung eingesetzt hat. Neues hat die Rede im allgemeinen nicht enthalten, sie präzisiert nur den italienischen Standpunkt, der bereits längst bekannt ist, noch einmal. Wenn auch Italien sich bei seiner Stellungnahme mehr durch seine Gegenseite gegen Frankreich leiten läßt als durch seine Gerechtigkeitsliebe, so wird doch der deutschen Sache ein unschätzbare Dienst erwiesen.

Andererseits steht natürlich die Sache in Frankreich. Dort ist der Abrüstungsplan, den die Regierung entworfen hat, wenigstens zum Teil bekannt geworden. Man hat sich angeheißig entschlossen, einige Divisionen zu opfern und die Dienstzeit von 12 auf 9 Monate herabzusetzen. Darüber hinaus enthält das Projekt eine Reihe von Sicherheiten und Garantien, wie sie nun eben in Frankreich für unerlässlich gehalten werden. Nur vereinzelt hört man Stimmen, die

Sejm und Senat einberufen

Erste Sitzung wahrscheinlich am 3. November

Warschau, Freitag erschien der Chef des Präsidialbüros des Staatspräsidenten im Sejmgebäude und überreichte dem Sejm, als auch dem Senatsmarschall das Dekret des Staatspräsidenten, wonach Sejm und Senat mit dem 31. Oktober zu einer ordentlichen Tagung nach Warschau einberufen werden. Das Einberufungsdekret ist vom Ministerpräsidenten Prystor gegengezeichnet. Die Volksvertretungen sind demnach zu dem leichtmöglichen Termin einberufen worden. Wie es aus politischen Kreisen heißt, wird der Sejm voraussichtlich schon am 3. November zu seiner ersten Sitzung in dieser Budgetsitzung zusammentreten, über die Tagesordnung selbst ist noch nichts bekannt. Die Gerüchte, wonach die Absicht bestehe, den Sejm bald nach seinen ersten Sitzungen wieder zu vertagen, scheinen sich indessen nicht zu bestätigen. Zeit steht nur, daß seitens der Regierung nicht die Absicht bestehe, über das Budget hinaus, dem Sejm wichtige Gesetzesprojekte zur Erledigung zu überweisen. Diese sollen nach wie vor auf dem Dekretwege bewerk-

stelligt werden, um dann der Volksvertretung nur zur Bestätigung vorgelegt zu werden. Entgegen früheren Gerüchten, wird nicht der Premierminister, sondern der Finanzminister die Eröffnungsrede, gewissermaßen als Regierungsprogramm, halten. Es ist nicht zu erwarten, daß die während der Sejmferien aufgetretenen Differenzen im Regierungslager schon bei den ersten Verhandlungen in Erscheinung treten, vielmehr glaubt man, daß sie erst im Laufe der Debatten zum Ausdruck kommen.

Polen verlangt Zahlungsstundung in USA.

Der polnische Staat hat am 15. Dezember den Tilgungs- und Zinsendienst für die sogenannte Hoover-Anleihe zu erfüllen. Es handelt sich um die Summe von 4,4 Millionen Dollar (40 Millionen Zloty). Die polnische Regierung hat nun in Washington Schritte unternommen, um eine Verschiebung des Zahlungstermins zu erzielen.

Abschaffung der Berufsheere?

Herriots Genfer Programm — Sozialisten fordern deutsche Gleichberechtigung

Paris. In der französischen Kammer fand am Freitag die große außenpolitische Aussprache statt. Der Führer der Sozialisten, Leon Blum, wies darauf hin, daß sich Frankreich heute

vor der Gleichberechtigungsforderung Deutschlands befindet und vor dem Aufrüstungswillen der gegenwärtigen Reichsregierung.

Er erklärte, daß er und seine Anhänger die Gleichberechtigungsforderung grundsätzlich für gerechtfertigt hielten, denn alle hätten ein Recht auf Gleichheit. Das sei zwar nicht juristisch, aber politisch und moralisch begründet. Ein Friedensvertrag sei kein Kontrakt, denn an der Wurzel jedes Friedensvertrages gebe es kein freies Bestimmungsrecht des Besiegten. Dennoch habe Frankreich in dem Friedensvertrage die Verpflichtung zur Abrüstung übernommen. Leon Blum erinnerte hierbei daran, daß die französische Kammer am 3. Oktober 1919 eine sozialistische Entschließung angenommen habe, in der der Artikel 8 des Vertrages als Verpflichtung Frankreichs ausgelegt worden sei, abzurufen.

Die Gleichberechtigungsforderung Deutschlands dürfe aber nicht zur Wiederaufrüstung führen. Diese Wiederaufrüstung könne nur durch eine allgemeine Abrüstung verhindert werden, die nach und nach zu einer Rüstungsgleichheit auf niedrigerer Grundlage führen müsse.

Genau so geheiligt wie die Gleichberechtigung sei auch die Sicherheit.

Gewisse halbamtliche Verlautbarungen ließen die Meinung aufkommen, als ob der französische Generalstab einer gewissen Aufrüstung Deutschlands eher zustimmen werde, als einer Abrüstung Frankreichs, vorausgesetzt, daß zwischen Deutschland und den Siegerstaaten eine gewisse Spanne bestehen bleibe. Als Leon Blum auf verschiedene Zwischenfälle im obersten Landesverteidigungsrat hinwies, teilte Ministerpräsident Herriot mit, daß der französische Plan in Genf zum festgesetzten Zeitpunkt unterbreitet werde. Die Sitzung des obersten Landesverteidigungsrates seien zwar oft bewegt gewesen, jeder habe seiner freien Meinung den Lauf gelassen. Zu Zwischenfällen sei es jedoch niemals gekommen. Leon Blum wies dann auf den Locarno-Vertrag hin und auf die Bemühungen gewisser Kreise, immer verwickeltere Sicherheitspläne zu suchen und dadurch bereits bestehende in ihrem Werte zu schmälern.

anderer Meinung sind. So etwa wenn der Sozialist Blum den General Weygand angreift, oder wenn der radikale Abgeordnete Cot in der „Republique“ sich über Abrüstungs- und Sicherheitsfragen ausläßt und feststellt, daß die Franzosen, die trotz der moralischen und wirtschaftlichen Zustände Deutschlands vom Gedanken an die Sicherheit befreit sind, etwas Krankhaftes an sich haben. Der Abgeordnete Cot hat sicher weite Kreise der Bevölkerung hinter sich, doch was in Frankreich offizielle Politik macht, ist anderer Meinung. Diese Herrn vertreten die Ansicht, daß Frankreich nicht viel abzurufen brauche, da die deutsche Armee doch aus mehr bestehe als aus den offiziellen 100 000 Mann der Reichswehr. Es lämen noch die geheimen Rüstungen und die militärische Erziehung dazu, die nicht außer acht gelassen werden dürften. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Frankreichs Haltung in der ganzen Frage letzten Endes durch den Druck der Meinung der Welt diktiert werden wird, doch ist es ebenso sicher, daß die Regierung in Paris bei jeder Konzession Schwierigkeiten haben wird, sie den offiziellen Mächtern in Paris

Der Redner unterstrich dabei das Vertrauen, das Frankreich in die Unterabfertigung Englands setze.

Ministerpräsident Herriot griff den angeblich deutschen Willen zur Wiederaufrüstung auf, um schwere Angriffe gegen Deutschland zu richten und machte jedoch die aufsehenerregende Mitteilung, daß Frankreich in Genf die Abschaffung der Berufsheere, darunter auch der Reichswehr und die Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht fordern werde.

Als Abschluß der außenpolitischen Aussprache der französischen Kammer wurde der Regierung mit 430 gegen 20 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Die restlichen 163 Abgeordneten haben sich zum Teil der Stimme enthalten, zum anderen Teil waren sie beurlaubt. Das Abstimmungsresultat ist allerdings noch unwesentlichen Änderungen unterworfen.

Im Verlaufe der außenpolitischen Aussprache versuchte der sozialistische Abgeordnete Rogaro, die Schlüsselpunkte aus der Aussprache zu ziehen, die dahin gingen, daß Frankreich die Initiative für einen weiteren Schritt auf dem Wege der Festigung des Friedens ergreifen müsse.

Auch Bolivien für schiedsgerichtliche Regelung

Washington. Bolivien hat den Vorschlag der neutralen Mächte angenommen, die Feindseligkeiten im Gran Chaco-Gebiet bis zu einer endgültigen schiedsgerichtlichen Regelung einzustellen. Paraguay hat bereits früher seine Zustimmung zu dem Waffenstillstand erklärt.

Neue griechische Regierung aus den Oppositionsparteien?

Athen. Unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten Zaimis fand eine Besprechung sämtlicher Parteiführer statt. Es wurde beschlossen, eine Lebensfähige Regierung aus allen Parteien der Opposition unter dem Vorsitz von Halbaris zu bilden. Benizelos sichert einer solchen Regierung eine achtmonatige Unterstützung zu, will sich jedoch endgültige Beschlüsse bis zu einer neuen Besprechung am Sonntag abend vorbehalten.

mundgerecht zu machen. Der Hoffnung auf französische Konzessionen ist es zuzuschreiben, wenn man in London optimistisch ist und auf eine Einigkeit hofft, mag sie nun auf einer offiziellen Konferenz erzielt werden oder gelegentlich mehr intimer Besprechungen in Genf.

An ganz anderen Schmerzen leidet im Augenblick Amerika. „Wer wird Präsident?“ ist die Frage. In einer Woche geht das Land zur Urne, da wird es sich entscheiden. Auf dem Spiele steht mehr als man gemeinhin annimmt. Zuerst einmal hofft man, daß unter der Präsidentschaft Roosevelt das Prohibitionsgebot fallen wird und damit die gegenwärtig im Lande herrschende Korruption mit allem, was drum und dran hängt. Das ist jedoch noch nicht alles. Die Prosperität des Landes, die von der Krise vertrieben wurde und die dem Ansehen nach nur durch eine Reform an Haupt und Gliedern wieder zu erreichen ist, dürfte wohl die Hauptursache sein. Hoover hatte das Steuer in der Hand, seine Führung, glaubt man, habe verlagert. Darum hofft man jetzt auf Roosevelt.

